Aufruf des Gesamtbetriebsrates, ein

Betrug an der SW-Belegschaft

SPD und Brandleristen im Sachsenwerk flehen die Schieckregierung an um Hilfe für Kapitalisten / Arbeiter, Angestellte, wendet euch von diesen Verrätern ab / Hinein in die RGO

Der Gesamt-Betriebsrat des Sachsenwerkes in Niedersedlitz, Radeberg und Chemnitz hat sich, wie aus einer Zuschrift an uns hervorgeht, mit den geplanten Stillegungen des Pögewerkes in Chemnitz sowie einiger Abteilungen in Dresden und Radeberg beschäftigt. Das Ergebnis dieser Beratungen ist ein Aufruf, der ein Dokument für den ungeheuren Betrug der SPD-Bürokratie an den Arbeitern ist. Wir wissen nicht inwieweit die DMV-Bonzen den Wortlaut dieses Schanddokuments, in dem die reaktionäre Schieckregierung um Hilfe angefleht wird, vorgeschrieben haben. Daß die Brandleristen diese Linie der SPD gleichfalls beziehen versteht sich von selbst. Für die Arbeiter und Angestellten des Sachsenwerks ergibt sich aus dieser Haltung des Gesamtbetriebsrates nur die Lehre: Masseneintritt in die RGO. Gegen diese Burgfriedenspolitik der SPD und Brandleristen den revolutionären Klassenkampf.

Die Zuschrift, die nicht scharf genug von den Arbeitern und Angestellten verurteilt werden kann, lautet wörtlich:

„Sachsen braucht Arbeit! Der Verband der sächsischen Metallindustriellen tagte im Februar dieses Jahres in Chemnitz, und wendete sich beschwerdeführend an die Reichsregierung, um eine Belebung der sächsischen Industrie zu erzielen. Der Rundfunk sowie sämtliche führenden Tageszeitungen stellen sich in den Dienst dieser Bestrebungen.

Als dieser Mahnruf der Oeffentlichkeit unterbreitet wurde, sahen führende Wirtschaftspolitiker am Verhandlungstische um eine Fusion AEG—SW zur Tat werden zu lassen. Eine Tat jedoch, die nicht in der günstigen Entwicklung der Belebung der sächsischen Industrie verankert lag, sondern darauf sich einstellte, dem AEG-Konzern in Sachsen eine Betätigungsmöglichkeit zu gewähren.

Sachsen braucht Arbeit! 3500 in den Sachsenwerken Beschäftigte wenden sich durch ihre Vertretung im Arbeiter- und Angestelltenrat an die Oeffentlichkeit, den nunmehr einsetzenden Konzentrationsbestrebungen der Konzerne auch in Sachsen mehr Beobachtung zu schenken. Pöge, Chemnitz, wurde voriges Jahr vom SW fusioniert. 1300 in dem Pöge-Werk Beschäftigte, sind heute das Opfer dieser Fusionierung. In den nächsten Tagen wird die Sächsische Regierung über die endgültige Stillegung dieses Werkes das entscheidende Wort sprechen.

Der Arbeiter- und Angestelltenrat der SW Niedersedlitz und Radeberg steht vor entscheidenden Schritten, um die Existenz der in dem SW-Betrieben Beschäftigten zu erhalten. Er fühlt sich berufen, auf eine Entwicklung aufmerksam zu machen, die das furchtbare Erwerbslosenheer der sächsischen Bevölkerung noch zu vermehren droht, weil — die bisher in den SW vorhandene Produktion zum Teile aus Sachsen herausgenommen werden soll.

Eine stattgefundene Gesamtbetriebsratssitzung, die sich mit diesen Fragen beschäftigte, wendet sich durch ihre Vertretung an die Oeffentlichkeit, insbesondere an die sächs. Regierung (!) daß die in Chemnitz geprägte, und von der sächsischen Regierung unterstützte Losung:

Sachsen braucht Arbeit

jetzt im Interesse der sächsischen Arbeiter- und Angestelltenschaft zur Tat wird.

Der Arbeiter- und Angestelltenrat der Sachsenwerke
Niedersedlitz — Radeberg — Chemnitz

Die SPD-Betriebsräte verschweigen den Arbeitern und Angestellten:

1. **Daß Witke, der Vorsitzende des Verbandes sächsischer Industrieller und Oberscharfmacher in Sachsen, für diese geplante Stillegung hauptverantwortlich ist als Generaldirektor des SW.**
2. **Daß die Direktion des Sachsenwerkes und die sächsische Regierung Schieck Hand in Hand arbeiten.**
3. **Daß die Losung, „Sachsen braucht Arbeit!" nur dem Volksbetrug durch die sächsischen Industriellen dient, weil sie es ja gerade sind, die viele Produktionszweige aus Sachsen heraus verlegten, um ihre Profite zu steigern.**
4. **Daß dieser Beschluß nur eine Unterstützung einer Kapitalistengruppe im Konkurrenzkampf gegen andere Gruppen ist, eine Politik, die nicht nur von der SPD, sondern auch von den Nationalsozialisten mit Eifer betrieben wird.**
5. **Daß allein die Arbeiter und Angestellten die Kraft darstellen, die der kapitalistischen Produktionssabotage ein Ende machen könnte.**

Die SPD treibt selbstverständlich keine Klassenpolitik des Proletariats, sondern unterstützt die Ausbeuter, deshalb diese bündische Stellungnahme des Betriebsrates. Aufgabe der RGO ist es, in den Sachsenwerkbetrieben die Arbeiter und Angestellten zu mobilisieren gegen diese Versuche, die faschistische Einheitsfront mit den Millionären zu verwirklichen. Die Arbeiter können nur im geschlossenen Kampf gegen die Ausbeuterklasse dieser stufenweisen Vernichtung der Produktion und dem Aushungerungsfeldzug begegnen.

Dieser Kampf des Proletariats kann aber nur siegreich sein, wenn unter Führung der RGO dem verräterischen Treiben der SPD-Agenten im Sachsenwerkbetrieb ein Ende bereitet wird. Schart euch um die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition und organisiert die einheitliche Kampffront der Sachsenwerkarbeiter und Angestellten unter Führung gegen die kapitalistischen Lohnräuber und deren Bedienstete im Betriebsrat.

Der Halbjahrplan wird voll durchgeführt!

Bist du schon in der revolutionären Gewerkschaftsfraktion tätig?

RGO-Genossen, duldet keine Säumigkeit der Ortskomitees
sorgt für schnelle Organisierung der revolut. Fraktionen!

Erobert die Arbeiter auch in den Gewerkschaften!

RGO gegen Einstellung der Bautätigkeit

ADGB-Führer fordern Verewigung der Hauszinssteuer

Die ADGB-Führer erheben jetzt die Forderung, daß die Hauszinssteuer nicht abgebaut werden soll, sie fordern buchstäblich die Verewigung dieser die breiten Massen belastenden Steuern. Angeblich erheben sie diese Forderung im Interesse der Bauarbeiter. Sonst wissen sie nämlich nicht das geringste zu sagen, wie der furchtbaren Arbeitslosigkeit im Baugewerbe Abhilfe geschaffen werden könnte. Aber die aus der Hauszinssteuer fließenden Mittel wurden schon bisher zum größten Teil für Polizei und sonstige Zwecke verwendet und nur zum geringsten Teil zum Wohnungsbau. Angesichts der Milliarden, die für Polizei und Militärzwecke verwendet werden, ist es eine Unverschämtheit des ADGB, wenn er erklärt, daß nur die Hauszinssteuer Mittel zur öffentlichen Finanzierung der Bautätigkeit bringen könne. Die Kommunistische Partei fordert Abschaffung der Hauszinssteuer und Senkung der Mieten. In ihrem Arbeitsbeschaffungsplan hat die KPD den Weg gewiesen, wie den Millionen Arbeitslosen Beschäftigungsmöglichkeit geschaffen werden kann.

Gegenüber den unerhörten Forderungen der ADGB-Führer erhebt die RGO neben Durchführung des Arbeitsbeschaffungsplans der KPD folgende Forderungen:

1. **Verhinderung jeder Baustillegung.**
2. **Kampf für Weiterführung aller kommunalen und öffentlichen Wohnungsbauten.**
3. **Sicherstellung der Mittel für Arbeitsbeschaffung durch Streichung der Ausgaben für Polizei, Kürzung der Gehälter der oberen Beamten und Angestellten.**
4. **Solange die Hauszinssteuer erhoben wird, restlose Verwendung zum Wohnungsbau.**
5. **Streichung der Ausgaben der Gemeinden für Kirchen und kirchliche Unternehmungen.**

Im Sinne dieser Forderungen muß der Kampf gegen die Stillegung der Bautätigkeit, der Kampf um Beschaffung von Arbeitsmöglichkeit für die Millionen Arbeitslosen geführt werden.

Teilbetriebsstillegung bei Gebr. Bühler in Freital!

(Arbeiterkorrespondenz 1684)

Wieder eine Betriebsstillegung! 30 Proleten sollen wieder aufs Straßenpflaster fliegen. Das bedeutet, daß fast 50 Prozent der Arbeiter entlassen werden. Am 9. September soll die Säuberung beginnen.

Sollten vielleicht die Aufträge in der Schweiz, im Hauptwerk der Firma Bühler, erledigt werden?

Bühlerproleten! Kämpft gemeinsam mit der RGO gegen jede Stillegung, gegen jede Entlassung!

Kämpft mit der RGO gegen jeden Pfennig Lohnraub! Verlangt bei eurer Kurzarbeit vollen Lohnausgleich! Tretet ein in die Betriebsgruppe der RGO! Lest den Roten Metallblock und Roten Holzarbeiter!

Bevollmächtigter von Löbau hat

Ganze TAV-Lokalkasse ausgeräumt

Seiner Frau „Notstandsbeihilfe" gegeben / Notleidende Kollegen werden beschimpft Schluß mit den Reformisten / Hinein in die RGO

(Arbeiterkorrespondenz 1671)

Löbau. **Eine ganz besondere Zierde des Tabakarbeiterverbandes ist der jetzt in Leisnig bei der Firma Haschke, Zigarrenfabrik, beschäftigte Zigarrenmacher Max Seffler. Dieser war bis vor kurzem in Löbau erster Bevollmächtigter des Tabakarbeiterverbandes und leistete sich in dieser Eigenschaft ganz besondere Stückchen, die eben nur ein Agent des SPD-Vorstandes zustande bringt.**

Seffler lebte mit einer Frau zusammen, die vor drei Jahren die Arbeit freiwillig niederlegte. **Dieser Frau verhalf Seffler vorige Weihnachten zu einer Beihilfe von 12,50 Mark, was ihr nach den Verbandsstatuten gar nicht zustand und außerdem ohne Einwilligung des Vorstandes gegeben wurde.**

Aber Herr Seffler kann es noch viel schöner. Stellten da einige Kollegen, die nach Sefflers Meinung kommunistisch angehaucht waren, den Antrag, ihnen aus Anlaß des bevorstehenden Winters 1930 eine Wirtschaftsbeihilfe aus der Lokalkasse zu bewilligen. Es handelte sich um erwerbslose Kollegen. Trotzdem die Lokalkasse 126 Mark aufwies und die betr. Kollegen sich in großer Notlage befanden, hielt es Seffler für angebracht, die Kollegen auf eine spätere, vielleicht noch schlechtere Zeit zu vertrösten. Trotz des ablehnenden Bescheides wagte es ein Kollege, nochmals einen Antrag auf Beihilfe zu stellen, worauf er folgende Antwort erhielt:

„Antwortlich Deines Schreibens vom .... teile ich hierdurch mit, daß alles nach Wunsch behandelt werden soll .... Jedenfalls merkt man es schon sehr deutlich, daß die Leute infolge der großen Wärme — und dies ist verständlich — langsam übergeschnappt sind."

Aber Seffler weiß, wozu das Geld der Lokalkasse auf ist. Es fanden zwei TAV-Versammlungen statt, wozu Seffler auf geschickte Weise die ihm genehmen Kollegen eingeladen hatte. In diesen Versammlungen erweiterten Seffler und seine Getreuen ihren geistigen Horizont durch Bier und Kaffee. Die Bezahlung dieser Getränke leistete Seffler aus der Lokalkasse.

Bei seinem Weggang von Löbau hielt es Seffler für angebracht, erst einmal die Lokalkasse auszuräumen. Außer dem ihm zustehenden Reisegeld nahm er eine größere Entschädigung für seine Arbeit in Löbau aus der Lokalkasse. Um bei seinen getreuen Kollegen in angenehmer Erinnerung zu bleiben, erhielten diese ebenfalls einen Betrag aus der Lokalkasse, so daß diese auf etwa 18 Mark zusammengeschrumpft ist.

Die Tabakarbeiter von Löbau müssen diesen Methoden der Verpulverung ihrer abgehungerten Beiträge ein Ende bereiten. Gegen die Verantwortlichen muß unter Führung der RGO ein zäher Kampf im Verband geführt werden, damit die einheitliche Front aller ehrlichen Kollegen und Kolleginnen in und außerhalb des Verbandes verwirklicht wird. Macht Schluß mit diesem reformistischen Skandal. Hinein in die RGO!

Neuer 1-Mark-Roman: Rosenhofstraße

Eine Milieuschilderung aus dem Hamburger Arbeiterleben von Willi Bredel, dem Verfasser des RGO-Romans „Maschinenfabrik N. u. K." ist soeben erschienen.

Der ehemalige Dreher und jetzige Festungsgefangene Bredel schildert Selbsterlebtes. Er kann es wie selten ein anderer und besser als die bürgerlichen Literaten, die, fremd der Sphäre der Arbeiter, es nur zu sentimentalen Armeleute-Geschichten bringen. Er zeigt die Arbeit einer kommunistischen Straßenzelle im Hamburger Gängeviertel, wie sie in allen täglichen Wirren und Nöten den Arbeitern helfend zur Seite steht, einen Mieterstreik — trotz aller Schwankungen und Verwirrungsmanöver der sozialdemokratischen Funktionäre — zum Siege führt und den gemeinsamen ideologischen und wehrhaften Kampf sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter gegen den faschistischen Terror mit Erfolg organisiert. Einfach und wahrheitsgetreu sind die Typen des Lumpenproleten, des kleinbürgerlichen und klassenbewußten Arbeiters gezeichnet. Die „Rosenhofstraße" ist ein guter Roman und Lehrbuch zugleich.

Konferenz werktätiger Frauen

findet am Sonntag dem 30. August 1931 im „Reißigerhof", Dresden-A. 16, Reißigerstraße, statt. Beginn um 9 Uhr. Habt ihr in eurem Betriebe schon eine Delegierte gewählt? Wenn nicht, dann holt das sofort nach!

Nazi-Kulak [illegible] Landarbeiter

In Herzogswalde herrscht große Empörung gegen den Nazimann Bölke, der in schamloser Weise seine landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ausbeutet. 15 Stunden täglich bei schlechter Behandlung und Ernährung müssen diese Landsklaven frohnen. Dieser Naziheld will schon praktisch die Behandlung der Arbeiter im 3. Reich demonstrieren. Sogar 11jährige Kinder werden von diesem Held bedroht. Ein Kleingewerbetreibender, der zur Nachbarschaft dieses Bölke gehört, hat speziell unter diesem Mann zu leiden. **Roh und brutal** geht er gegen diesen Kleingewerbetreibenden vor. Als einmal Enten des Kleingewerbetreibenden sich auf der Wiese von Bölke befanden, stürzte er mit der Sense auf diese Tiere zu und tötete eine Ente. Das anderemal erschlug er wiederum Geflügel seines Nachbars mit dem Knüppel und hetzte seinen Hund auf die Enten. Als das 11jährige Kind des Kleingewerbetreibenden wegen dieser brutalen Tat weinte, erklärte Bölke in voller Wut: **„Du kommst auch noch dran!"** Diese Handlungsweise zeigt der Arbeiterschaft ganz klar, was sie zu erwarten hat, wenn die Nazileute die Macht in Deutschland ausüben. **Darum gilt es, daß alle Werktätigen, auch die Kleingewerbetreibenden, erkennen, daß sie die antifaschistische Front stärken und den aktiven Kampf gegen Faschismus führen müssen.**

Verantwortlich für Lokales: Otto Gäbel, Dresden; für Politik mit Ausnahme der Auslandsseite, Provinz, Gewerkschaft, Sport, Radio und Arbeiterkultur: [illegible], Dresden; für Ausland: [illegible], Berlin; für Feuilleton und Reportage: [illegible], Berlin; für Inserate: Wilhelm Schmidt, Dresden. Für Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden, Güterbahnhofstraße 1.